

KRANKENHAUS

info

Betriebsgruppe Klinikum Stuttgart

28.6.2006

ver.di

ver.di: Uns ist Solidarität nicht sch...egal!

Wenn 12 Millionen übrig sind, dann für alle!

Der Marburger Bund tut weder den Ärzten noch den anderen Beschäftigten einen Gefallen

„Mit der „Umverteilungsromantik von ver.di“ müsse endlich Schluss sein“ so U. Schuss, Chefarztvertreter der HNO-Klinik und führender Marburger Bund Funktionär am Klinikum. Bereits vorher hatten Marburger Bund Funktionäre das Ausscheren des MB aus der Tarifgemeinschaft mit ver.di damit begründet, dass die „Gleichmacherei von ver.di“ für Ärzte unerträglich sei.

Auf die Frage, wie denn der eigene Tarifvertrag des Marburger Bundes finanziert werden solle, antwortete ein anderer MB Funktionär in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 20.6.06: „Wo das Geld herkommt, ist für uns im Moment sekundär. In den Krankenhäusern gibt es aber sicher noch „Effizienzreserven“ und Umverteilungsmöglichkeiten!“

Auf einer Ärzteversammlung im Klinikum Stuttgart äußerte ein Marburger Bund Mitglied unter dem Beifall etlicher anderer: „Was eine Putzfrau verdient ist mir sch...egal“.

Wir gehen davon aus, dass auch eine Vielzahl von Ärzten eine solche Zuspitzung nicht will. Ihre Stimmen gehen jedoch momentan im Getöse des Marburger Bundes unter.

Der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte schreibt in einer Presseerklärung vom 19.6.06: „Der Beruf eines Klinikarztes ist in Deutschland im internationalen Maßstab weiterhin unattraktiv.

Deutschland hat in der EU mit die längsten Arbeitszeiten für Klinikärzte. Der vdä fordert mb und ver.di auf, Verhandlungen aufzunehmen, um in kommenden Auseinandersetzungen wieder gemeinsam und nicht gegeneinander die Interessen der Ärzteschaft zu vertreten.“

Umverteilungsromantik? Die Fakten schauen etwas anders aus.

Eine Putzfrau im Krankenhaus verdient 1.246 Euro Grundgehalt und das war es dann. Ein Großteil der Ärzte im Klinikum verdient auch jetzt schon - ohne MB-Tarifvertrag - fünf mal mehr und das sind nicht die Spitzenverdiener.

Sicherlich arbeiten Ärzte länger und sind höher qualifiziert. Rechtfertigt das aber die eigenen Interessen ohne - ja sogar gegen die anderen Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen? Wir denken nein.

Eine Lohnspanne von 500 bis 800 Prozent ist ja wohl nicht als Gleichmacherei zu bezeichnen und die Umverteilung in dieser Gesellschaft findet ganz woanders statt als von den Ärzten zu den Putzfrauen oder zum Pflegepersonal.

Warum konzentriert sich der MB nicht auf die skandalöse Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der die Kliniken ans Hungertuch bringt? Das ist doch das eigentliche Problem, unter dem alle Klinikbeschäftigten zu leiden haben.

Und ganz nebenbei: In Bezug auf die Millionen, die viele Chefärzte einsacken – nicht zuletzt auf dem Rücken ihrer Assistenzärzte - könnten Schuss&Co doch auch einmal Umverteilungsszenarien entwickeln. Aber was kann man erwarten von einer Organisation, in der die Herren Chef- und Leitenden Oberärzte das Sagen haben? Da geht man lieber den unsolidarischen und feigen Weg: Krankenschwestern, MTAs, Putzfrauen und alle anderen sind einem wurscht.

Zwischen Standesdünkel und Ellenbogenmentalität

In den letzten Wochen konnte man Zeuge eines einmaligen Schauspiels werden. Chefärzte, beim ver.di-Streik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit die Schlimmsten, wenn es darum ging, Kolleginnen und Kollegen vom Streik abzuhalten, waren auf einmal für Streik! Gefährdung der Patienten? War da mal was? Mit ganzseitigen Anzeigen in allen Tageszeitungen, Verlegung von Patienten und Genehmigung von Frei für den Streik (der Marburger Bund zahlt ja wie bekannt kein Streikgeld) haben sie dem MB das Streikgeschäft erledigt.

Da streikt es sich dann schon etwas einfacher, als wenn die Bürgermeister, die Politik, die Verwaltungen und die Chefärzte mobil machen und versuchen, den Streik zu zerschlagen.

Auch die Presse ist äußerst geneigt: keine Beschimpfungen, keine Horrorszena-

rien, alles trieft vor Verständnis. Immer noch wird an der Mär festgehalten, dass es dem Marburger Bund ja nur um die bessere Versorgung der Patienten und um bessere Arbeitsbedingungen ginge. Das Gegenteil ist der Fall. **Der MB will ganz offensichtlich keine kürzeren Arbeitszeiten und weniger Belastung sondern schlicht mehr Kohle.** Er nützt dabei die günstige Gelegenheit, dass die Nachfrage nach Ärzten zunimmt (die Ausbildungszahlen gehen seit Jahren zurück). Daran ist nichts verwerflich. Falsch und kurzsichtig aber ist es, wenn nur noch das eigene Süppchen gekocht wird anstatt zu versuchen, aus diesem taktischen Vorteil für eine Berufsgruppe auch Nutzen für alle im Krankenhaus Beschäftigten zu ziehen.

Alter Standesdünkel geht hier nahtlos in moderne Ellenbogenmentalität über. Dabei geht es dem MB mehr um organisationspolitische Interessen als um tatsächliche Verbesserungen. **Auch innerhalb der Ärzteschaft sahen die Oberärzte bei diesem Tarifabschluss ab und die anderen bekommen kaum mehr oder sogar weniger. Aber das spiegelt vermutlich die Zusammensetzung der Führungsspitze des MB wieder.**

Ein Großteil der Vereinbarungen, die jetzt in einem eigenen Tarifvertrag abgeschlossen sind, war vorher auch schon mit ver.di vereinbart worden. **Gemeinsam gegen die Zumutungen des TVÖD, gegen Arbeitszeitverlängerung, für bessere Bezahlung, da wäre sicherlich für alle Beschäftigten mehr drin gewesen, insbesondere dann, wenn die einen nicht immer zuschauen würden/müssten, wenn die anderen streiken.**

Letztlich ist dieses Vorgehen aber auch für die Ärzte selber gefährlich. Denn auch der Arbeitsmarkt für Ärzte bleibt nicht immer gleich und genau so wie man in der jetzigen Situation einzeln Vorteile erkämpfen kann, kann man einzeln sehr leicht unter die Räder kommen, wenn die allgemeine Situation anders ist.

Schutz bietet nur die Solidarität aller Beschäftigten. Deswegen ist es auch keine Alternative zu glauben, dass man nach dem Vorbild des MB auch in anderen Berufsgruppen weiterkommen könnte. **Niemand kann auf Dauer auf Solidarität verzichten.**

Plötzlich hat Murawski 12 Millionen übrig

Ein weiteres interessantes Spektakel liefert Bürgermeister Murawski, beim ver.di-Streik einer der Scharfmacher, der bis zum Schluss gegen jeden Kompromiss war und versucht hat, die Bevölkerung gegen die Streikenden aufzubringen. Nun erklärt er, dass er ab sofort höhere Vergütungen zahlen wolle. Das Ganze würde zwar 12 Millionen Euro pro Jahr kosten aber das sei immer noch besser verkraftbar als ein Streik. Zwischenzeitlich hat er nachrechnen lassen, es sind wohl nur 5 Millionen. Aber ganz offensichtlich hätte er auch 12 Millionen übrig gehabt.

Wir sind die letzten, die den Arbeitgebern Ratschläge für ihre Anti-Streiktaktik geben wollen aber wundern darf man sich da schon: Ganz abgesehen davon, dass die Aussagen Murawskis betriebswirtschaftlich offensichtlich unsinnig sind, denn höhere Löhne sind laufende Kosten und ein Streik sind Einmalkosten: Er weiß aufgrund der Erfahrungen des letzten Streiks sehr genau, dass die wirtschaftlichen Streikfolgen relativ leicht im laufenden Jahr wieder aufgeholt werden können. Trotzdem will er, um den Streik zu verhindern, nachgeben, was natürlich die Front der Kommunalen Krankenhausarbeitgeber spaltet, die alle unter dem erheblichen finanziellen Druck der DRGs stehen. Man kann hier Kumpanei mit einigen hochrangigen MB Funktionären im Klinikum vermuten, entscheidender ist wohl der politische Wille, dem Marburger Bund den Weg zu ebnen, eine Konkurrenzgewerkschaft zu Ver.di in den Krankenhäusern zu etablieren. Davon werden letztlich nur die Arbeitgeber profitieren, weil sie die einzelnen Berufsgruppen um so besser gegeneinander ausspielen können.

Das Grundproblem ist eine Krankenhausfinanzierung, die die Budgets der Häuser deckelt. „Da habt ihr was und nun kloppt euch drum!“ – Das darf nicht zur Devise der Krankenhausbelegschaften werden. Angesagt ist der gemeinsame Kampf aller Berufsgruppen gegen eine völlig unzureichende Krankenhausfinanzierung, die gemeinsame Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen eine katastrophale Gesundheitspolitik. Nur gemeinsam kommen wir weiter.

ver.di : 12 Millionen für alle Beschäftigten! Mobilitätszulage sofort!

Es ist offensichtlich, dass die Stadt und die Geschäftsleitung versuchen werden, diese Mehrkosten bei den anderen Beschäftigten abzuladen. Wir sind der Meinung, dass es eh schon schwer genug ist, die Vereinbarung zwischen ver.di, Personalrat und Stadt Stuttgart zu erfüllen, das Defizit des Klinikums von 22 Millionen Euro bis zum Jahr 2010 auf Null abzusenken. **Ver.di jedenfalls ist nicht bereit sich die Mehrkosten, die durch einen Tarifvertrag mit dem Marburger Bund zustande kommen anrechnen zu lassen.**

Wenn Herr Murawski meint, 12 Millionen Euro laufende Mehrkosten übrig zu haben, dann fordern wir die Stadt Stuttgart auf, diesen Betrag dem Klinikum jährlich zur Verfügung zu stellen. Wir werden ihn dann im Interesse aller Beschäftigten – auch der Ärzte - verwenden. Auch die Lebenshaltungskosten der anderen Beschäftigten sind gestiegen, auch unsere Arbeit ist mehr wert, auch wir sind überlastet. **Wie wäre es zum Beispiel mit einer Mobilitätszulage oder ähnlichem?**

Wir rufen alle Ärztinnen und Ärzte auf: Folgen Sie den MB-Funktionären nicht auf dem verhängnisvollen Weg in die Entsolidarisierung und Spaltung der Belegschaften!

Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung

Herausgeber:

ver.di Bezirk Stgt./BB/Lb/R-M

Abteilung Krankenhäuser

V.i.S.d.P.: Christina Ernst

Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stgt.